



Ausschuss für Frauenpolitik

17. Sitzung (öffentlich)

16. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

09:00 Uhr bis 09:25 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Drucksache 14/2850 (Ergänzungsvorlage)

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der Grünen-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag Nr. 1 der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag Nr. 2 der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 15 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Frauenpolitik - zu.

2 Verschiedenes

3

Der Ausschuss beschließt den vorgelegten Terminplan vorbehaltlich der Genehmigung durch den Ältestenrat mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen sowie gegen die Stimme der FDP.

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Drucksache 14/2850 (Ergänzungsvorlage)

- Beratung und Abstimmung über Einzelplan 15
(Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Vorsitzende Elke Rühl teilt mit, zu diesem Gesetzentwurf sei die Ergänzung der Landesregierung als Drucksache 14/2850 sowie die Berichtigung in der Drucksache 14/2884 zugegangen. Des Weiteren liege das Ergebnis des Berichterstattegesprächs zum Einzelplan 15 als Vorlage 14/695 sowie mit der Vorlage 14/675 der Einführungsbericht der Landesregierung und die Antworten zu Fragen als Vorlage 14/736 vor. Es seien zwei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 15 eingereicht worden, die als Tischvorlage (**siehe Anlage zu Vorlage 14/820**) verteilt worden seien.

Änderungsantrag Nr. 1:

Barbara Steffens (GRÜNE) führt aus, bei der Beratung im Ausschuss für Frauenpolitik über das Thema Stalking sei festgestellt worden, dass in Nordrhein-Westfalen Strukturen fehlten, um Stalking wirkungsvoll zu bekämpfen. Vor dem Hintergrund beantrage ihre Fraktion, die entsprechenden Mittel um 400.000 € zu erhöhen.

Gerda Kieninger (SPD) teilt mit, dass sich ihre Fraktion bei der Abstimmung über diesen Änderungsantrag der Stimme enthalten werde, da keine Deckungsvorschläge gemacht würden.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der Grünen-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag Nr. 1 der Grünen-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 2:

Barbara Steffens (GRÜNE) begründet, dieser Änderungsantrag beziehe sich auf die Einstellung der bisherigen institutionellen Förderung der Regionalstellen „Frau und Beruf“. Seitdem das Ministerium angekündigt habe, die Finanzierung einzustellen, gebe es breite Diskussionen in diesem Bereich, zuletzt eine Diskussion aller Frauenverbände in Nordrhein-Westfalen. Hierbei sei immer wieder an die Landesregierung appelliert wor-

den, die Förderung dieser Regionalstellen als institutionelle Förderung aufrechtzuerhalten und nicht auf eine Projektfinanzierung umzustellen. Gerade bezogen auf das anstehende Ziel-2-Programm, das ja von der Landesregierung umgesetzt werde, werde das Problem entstehen, dass es vor Ort keine Projekte mehr gebe, die die Querschnittsaufgabe der Gleichstellung beinhalteten. Dazu sei auch die Landesebene nicht in der Lage, da diese Strukturen vor Ort verankert sein müssten. Durch die Vorhaben der Landesregierung werde dauerhaft eine Struktur zerschlagen, die nicht wieder zurückzugewinnen sei.

Gerda Kieninger (SPD) teilt mit, da es sich um eine Umschichtung von Mitteln handele, werde ihre Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen. Auch nach Auffassung ihrer Fraktion sei die Einstellung der institutionellen Förderung der Regionalstellen zum 1. Januar für Nordrhein-Westfalen nicht gut, insbesondere nicht für die Frauen in diesem Lande. Damit würden weitere Strukturen und Netzwerke für Frauen zerschlagen. Diejenigen, die diese Aufgaben zukünftig wahrnehmen sollten, hätten bereits erklärt, dass sie dies nicht leisten könnten.

Maria Westerhorstmann (CDU) bedankt sich zunächst bei der Landesregierung dafür, dass die Mittel in Höhe von 2,2 Millionen € im Haushalt verblieben, die auch zukünftig den Regionalstellen zufließen. Sie mache auf eine Untersuchung im Bereich Ostwestfalen-Lippe aufmerksam, nach der eindeutig Frauen die Gewinner im Bereich Beschäftigung seien. Dies sei so erfolgreich, dass man sich zukünftig auch einmal um die jungen Männer kümmern müsse, damit diese nicht immer mehr zu einem Problem würden. Bezüglich der Beschäftigung von Frauen befinde man sich also auf einem guten Weg.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) kündigt an, dass ihre Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen werde. Die Koalition habe sich ganz bewusst und vehement für eine Umstrukturierung der Frauenförderung eingesetzt. Sie sei sehr froh, dass die volle Summe erhalten bleibe, künftig aber für zukunftsweisende Projekte eingesetzt werde. Es werde damit an einer Stellschraube angesetzt, die bisher vernachlässigt worden sei, nämlich der Übergang von Mädchen und jungen Frauen nach guten Abschlüssen von der Schule oder Universität in den Beruf. Darüber hinaus müsse mehr unternommen werden, um Frauen für den Bereich Technik und Wissenschaft zu interessieren. Es würden derzeit zu wenige Frauen Berufe in diesem Bereich ergreifen, obwohl diese Berufe eine große Zukunft versprächen. Des Weiteren müsse man sich um die Qualifikation von Migrantinnen kümmern. Dies seien die Zeichen der Zeit, und hier könne man nicht in den 80er-Jahren verharren.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag Nr. 2 der Grünen-Fraktion ab.

Gesamtabstimmung:

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 15 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Frauenpolitik - zu.

2 Verschiedenes

Vorsitzende Elke Rühl weist darauf hin, dass heute die Sitzungstermine für das Jahr 2007 beschlossen werden müssten (**Anlage**). Die Obfrauen hätten sich gestern mehrheitlich dafür ausgesprochen, als Versuch im ersten halben Jahr an den vier Plenarfreetagen nach dem Plenum zu tagen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) merkt an, dass diese Sitzungstermine für die FDP nicht akzeptabel seien. Der Freitag sei zwar ein Plenar-, aber kein Ausschusssitzungstag. Ausschusssitzungen sollten grundsätzlich innerhalb der Zeit von Dienstagmittag bis Donnerstagnachmittag stattfinden; andere Sitzungszeiten müssten genehmigt werden.

Da es sich bei der FDP um eine kleine Fraktion handle, sei jeder in zwei Ausschüssen vertreten und fast jeder habe eine Sprecherfunktion. Hinzukomme, dass ihre Referentin freitags nicht zur Verfügung stehe. Als einzige Abgeordnete eines großen Wahlkreises, wie sie in OWL, sei es nicht machbar, sich für externe Termine Zeit zu nehmen. Vor dem Hintergrund stimme die FDP dem vorliegenden Terminplan nicht zu.

Gerda Kieninger (SPD) findet die Diskussion merkwürdig, da sie davon ausgegangen sei, dass sich die Koalitionsfraktionen vor der Einbringung eines Vorschlags untereinander abgestimmt hätten. Auch die SPD habe von vornherein erklärt, dass für sie der Freitagvormittag nicht in Frage komme, weil ihr Teilzeitreferent außer an Plenartagen freitagvormittags nicht arbeite. Allerdings habe man zugestimmt, am Freitag nach dem Plenum zu tagen, um auszuprobieren, ob es sich als machbar erweise. Insofern stimme ihre Fraktion dem Terminplan zu.

Barbara Steffens (GRÜNE) bittet die Präsidentin, etwas zu den Sitzungstagen zu sagen, denn ihrer Ansicht nach sei der Freitag ein ganz normaler Sitzungstag. Freitags fänden die Sitzungen der Enquetekommissionen statt, und in der Vergangenheit seien freitags immer Ausschusssitzungen gewesen.

Dass eine kleine Fraktion aufpassen müsse, Ausschussüberschneidungen zu vermeiden, sei ein Argument dafür, freitags nach dem Plenum zu tagen. Auch ihre Referentin habe freitags eigentlich frei. Das dürfe aber nicht handlungsleitend sein, denn die Ausschüsse müssten für die Abgeordneten Priorität haben. Deswegen stimme sie dem Terminplan zu.

